



Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Privatversicherungsrecht, Wirtschaftsrecht
und Rechtsvergleichung
Prof. Dr. Oliver Brand, LL.M. (Cambridge)

Beweislastfragen im Mietrecht – Schadensersatz und Kündigung

Mietgerichtstag 2025, Dortmund, 29.3.2025



Something old,
something new,
something borrowed,
something blue,

St. James Journal, 1871

„Berlin hält nicht still,
aber Einiges aus.“
(Muss es auch)

Milena Zwerenz

„Es gibt noch Richter
in Berlin“

Max Ring, 1866



1. Einführung

2. Beweislastfragen Kündigung

3. Beweislastfragen Schadensersatz



Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Privatversicherungsrecht, Wirtschaftsrecht
und Rechtsvergleichung

Prof. Dr. Oliver Brand, LL.M. (Cambridge)

1

Einführung



Cui Bono?

- ***Non liquet*** durchaus häufig
- Beweislast häufig von der **Qualifikation von Ansprüchen abhängig**
- Darlegungs- und Beweislast in einem Tatbestand oft gestuft (**Sekundäre Darlegungslasten**)
- **Kostenentscheidung bei Erledigung (§ 91a Abs. 1 ZPO)**
Sach- und Streitstand im Zeitpunkt des erledigenden Ereignisses (z.B. Vergleich): Kostentragungspflicht des Unterlegenen; u.U. Entscheidung nach Beweislast (LG Itzehoe v. 12.2.2021 – 9 S 39/20, ZMR 2022, 129)



Grundregeln

- Jede Partei trägt Beweislast für jene Tatsachen, die für die Begründung ihrer Ansprüche oder für die Abwehr gegen die Ansprüche des Gegners erforderlich sind
 - **Kläger** muss anspruchsbegründenden Tatsachen darlegen und beweisen
 - **Beklagter** muss die anspruchsvernichtenden, rechtshemmenden oder rechtshindernden Tatsachen beweisen.
 - **Grund:** derjenige, der aus bestimmten Tatsachen rechtliche Vorteile ziehen möchte, muss Verantwortung für den Nachweis dieser Tatsachen tragen (Gebot der rechtsstaatlichen Fairness; zum Mietrecht *Streyll*, WuM 2018, 676 f.
- **Beweisnot** erfordert Beweiserleichterungen bis hin zur Beweislastumkehr
- **Darlegungslast folgt regelmäßig Beweislast** (Abweichungen möglich – sekundäre Darlegungslast); **Sustantiierungslast** mit Blick auf Gegnervortrag



2

Beweislastfragen Kündigung



Schuldhafte, nicht unerh. Vertragsverletzung (3 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB)

- Beweislast für Anspruch auf Kündigung: Grds. Vermieter
- Beurteilung nach sämtlichen Umständen des Einzelfalls
- Faktoren:
 - Dauer der unbeanstandeten Wohnnutzung
 - Vorherige Abmahnung?
 - Krankheit als Ursache (Parallelwertung zum Arbeitsrecht)
 - Einfluss eigener Pflichtwidrigkeit des Vermieters (Nichtzurverfügungstellen eines Ersatzschlüssels): BGH v. 25.2.2023 – VIII ZR 147/22, DWW 2024, 12, Rn. 34
- **Verschulden: Beweislastverteilung analog § 280 Abs. 1 S. 2 BGB?**
(dafür u.a.: BGH v. 13.4.2016 – VIII ZR 39/15, ZMR 2016, 523; OLG Hamburg ZMR 1992, 23, 24; MünchKomm-BGB/Häublein, § 573 Rn. 65; Staudinger/Rolfs, § 573 Rn. 34)
- **Grund:** Ausdruck eines allgemeinen Rechtsgedankens zur Beweislast im Schuldverhältnis: Schuldner trägt Beweislast für Gefahren aus seinem Verantwortungsbereich



Schuldhaftes, nicht unerh. Vertragsverletzung (573 Abs. 2 Nr. 1 BGB)

- Das unbeugsame gallische Dorf: LG Berlin II v. 5.3.2024 – 67 S 179/23, WuM 2024, 330
- **Eigentlich something old:** LG Berlin v. 16.6.2016 – 67 S 125/16, ZMR 2016, 695 Rn. 25 ff.; LG Berlin v. 20.10.2016 – 67 S 214/16, WuM 2016, 741 Rn. 8
- *Obiter dictum* (ebenfalls fast traditionell) > Revision muss keine Stellung nehmen!
- Problem auf Tatbestandsebene: Sachverständige konnte weder mit Sicherheit bejahen, dass der Beklagte über die Einsicht verfügte, das Unrecht seiner Tat einzusehen, noch konnte er ausschließen, dass die Einsicht und Fähigkeit des Beklagten zum Tatzeitpunkt vollständig aufgehoben waren (Schuldunfähigkeit: 20% Wahrscheinlichkeit)
- LG Berlin II: Problem des Vermieters

Hat als insoweit darlegungs- und beweisbelastete Partei auf das substantiierte – und den Anforderungen an die sekundäre Darlegungslast genügenden – Bestreiten des Beklagten den Beweis schuldhaften Verhaltens nicht zu führen vermocht.



Schuldhafte, nicht unerh. Vertragsverletzung (§ 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB)

- 1.) **Wortlaut** („Der Vermieter kann nur kündigen, wenn er ein berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses hat.“ (...) „Ein berechtigtes Interesse liegt insbesondere vor“): spricht gegen Beweislastumkehr
 - Widerlaufende Konsequenz h.M.: Aufspaltung: für die Pflichtverletzung und deren Erheblichkeit dem Vermieter und im Übrigen Mieter (für § 280 BGB typisch)
 - Kann Gesetzgeber anders formulieren (z.B.: § 37 Abs. 1 VVG: ...zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt, es sei denn, der Versicherungsnehmer hat die Nichtzahlung nicht zu vertreten.“) Zahlungsverzug = auch nicht unerh. Pflichtverletzung nach § 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB
- 2.) **Wille des Reformgesetzgebers**
 - **Abweichung von allgemeinen kündigungsrechtlichen Grundsätzen** und der gegenteiligen Rechtsprechung des BAG zur Arbeitnehmerkündigung sowie der Rechtsprechung des II. Zivilsenats des BGH zur Geschäftsführerkündigung (BGH v. 20.2.1995 – II ZR 9/94 Rn. 14, ZIP 1995, 560; BAG v. 33.11.2011 – 2 AZR 748/10, NZA 2012, 607)



Schuldhafte, nicht unerh. Vertragsverletzung (§ 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB)

- Kündigungsgegner **lediglich sekundäre Darlegungslast** für von ihm behaupteten Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründe
- Kein Abweichungswille erkennbar (**P**: beredtes Schweigen oder „Schrödingers Katze“?)
- 3.) **Systematik I**: Einfluss des § 280 Abs. 1 S. 2 BGB (-): Auf Schadensersatzansprüche beschränkt; erfasst nicht § § 543, 573 BGB
- „Er [§ 280 Abs. 1 S.2 BGB] soll ausweislich der **eindeutigen Begründung des Gesetzgebers ausschließlich** Schadensersatzansprüche regeln, nicht aber das Recht zur Kündigung von Dauerschuldverhältnissen beeinflussen (vgl. BT-Drucks. 14/6040, S. 135). Dementsprechend hat der Gesetzgeber § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB **ausdrücklich und ausschließlich** als Beweisregel für Schadensersatzpflichten des Schuldners ausgestaltet, nicht aber als eine solche für das arbeits-, mietrechtliche und sonstige Kündigungsrecht (vgl. BT-Drucks 14/6040, S. 136).“



Schuldhafte, nicht unerh. Vertragsverletzung (§ 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB)

- BT-Drucks. 14/6040, S. 136:

chend angewandt worden. Dies greift der Entwurf auf, indem er durch die Formulierung des § 280 RE im allgemeinen Haftungstatbestand bereits eine für alle Leistungsstörungen geltende Beweislastregelung schafft. Dies macht die bisherigen §§ 282 und 285 entbehrlich, wenn auch für den Verzug in § 286 Abs. 4 RE die Verantwortlichkeit des Schuldners nochmals erwähnt werden muss, weil an den Schuldnerverzug neben dem Schadensersatzanspruch auch andere Rechtsfolgen angeknüpft werden (z. B. Pflicht zur Zahlung von Verzugszinsen, § 288 RE), die ein Vertretenmüssen des Schuldners nicht gesondert vorsehen.



Schuldhafte, nicht unerh. Vertragsverletzung (§ 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB)

- BT-Drucks. 14/6040, S. 135:

Bei der Verletzung von Schutzpflichtverletzungen im Sinne von § 241 Abs. 2 RE muss demgegenüber positiv festgestellt werden, worin die Pflichtverletzung an sich besteht. Die Beweislast dafür trägt der Gläubiger, weil es sich um den Tatbestand der Pflichtverletzung handelt. Dem Gläubiger kommen hier allerdings unter dem Gesichtspunkt der Sphärentheorie (Palandt/Heinrichs, § 282 Rdnr. 8 ff.) Beweiserleichterungen zugute. Ohne die Darlegung und ggf.

Anm.: Lehre von der Beweislastverteilung nach Risikobereichen ist entwickelt worden, um sachgerechte Entscheidungen aufgrund der Beweislast auch in Fällen treffen zu können, in denen der tatsächliche Ablauf der Pflichtverletzung unklar bleibt (*Brand, VersR 2015, 10*)



Schuldhafte, nicht unerh. Vertragsverletzung (§ 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB)

- 4.) **Systematik II:** Grundsatz, dass Ausnahmetatbestände von demjenigen zu beweisen sind, der sich auf sie beruft, gilt **ausschließlich** für Schadensersatzansprüche (vgl. BAG v. 27.5.2015 – 5 AZR 88/14, NZA 2015, 1053).
- Haftungsrechtliche Beweislastverteilung gilt nicht für die **stets** vom Kündigenden nachzuweisenden Voraussetzungen für die Ausübung eines Gestaltungsrechts (Kündigung, Anfechtung) – jedenfalls wenn das Gesetz nichts anderes sagt
- **Something borrowed:** Konfligierende Signale aus dem Versicherungsvertragsrecht (Dauerschuldverhältnis) (+) z.B. bzgl. der Kündigung wegen Prämienzahlungsverzugs (Looschelders/Pohlmann/Brand, VVG, § 36 Rn. 12), (-) z.B. § 19 Abs. 3 VVG
- **Nicht erwähnter Vergleich: § 536a Abs. 1 Alt. 2 BGB** (Späterer vom VM zu vertretender Umstand): Beweislast grds. Mieter, aber Vermieter wenn sie in seinem Risikobereich liegen (BGH v. 25.1.2006 – VIII ZR 223/04, NJW 2006, 1061 Rn. 3); **unergiebig**, da kein Gestaltungsrecht



Schuldhafte, nicht unerh. Vertragsverletzung (§ 573 Abs. 2 Nr. 1 BGB)

- **Fazit:** LG Berlin II überzeugt i.E. trotz eigener Schwächen
- Praktische Relevanz des Streits?
- **Unbestritten:** Vermieter muss darlegen und beweisen, dass Mieter vertragliche Pflicht aus dem Mietverhältnis nicht nur unerheblich verletzt hat.
- Häufig Mahnung und/oder Hinweis auf Pflichtverletzung (**Empfehlung für die Praxis: Aufforderung zur Erklärung von Gründen!**)
- Basis für Verschuldensvortrag
- Auch nach LG Berlin II: Sekundäre Darlegungslast bleibt!



Eigenbedarfskündigung (§ 573 Abs. 2 Nr. 2 BGB)

- Darlegungs- und Beweislast grds. Vermieter (LG Karlsruhe ZMR 1989, 427); **beachte:** anders bei SE-Anspruch wegen unberechtigter Eigenbedarfskündigung (später)
- Auch: konkretes Interesse am Einzug
- **P:** Eigenbedarf ist innere Tatsache
- Parteianhörung nach § 141 ZPO und ggf. Parteivernahme, § 448 ZPO (BGH NJW 2015, 3368); **intensive Befragung** zu erwarten
- Einfaches Bestreiten durch Mieter genügt zunächst (auch mit Nichtwissen) (Blank/Börstinghaus/*Siegmund*, § 573 Rn. 73); Risiken des § 546a BGB
- Folge: Vollbeweis durch den Vermieter gem. § 286 ZPO



Kündigung aus wichtigem Grund nach Eintritt (§ 563 BGB)

- Vermieter [muss] in ausschließlich zu Wohnzwecken vermieteten Räumen geschäftliche (gewerbliche oder [frei-]berufliche) Aktivitäten des Mieters, die **nach außen in Erscheinung** treten, grundsätzlich **nicht ohne entsprechende vorherige Vereinbarung** dulden
- **Ausnahme:** Über die übliche Wohnnutzung hinausgehende Einwirkungen auf die Mietsache oder Mitmieter:
- Mieter muss beweisen, dass Beeinträchtigung übliche Wohnnutzung nicht überschreitet;
Grund: Ausnahmecharakter
 - 3x wöchentlicher Gitarrenunterricht für 12 Personen (-) (BGH NJW 2013, 1806)



Außerordentliche Kündigung, § 543 BGB

- **Grundsatz:** Kündigender muss Voraussetzungen des Kündigungsgrunds darlegen und beweisen.
- Darlegungslast verlangt **präzise Angaben für Gründe** (nicht: „ständige“ Verursachung von Lärm, sondern präzise Zeiträume und Anzahl störenden Verhaltens (Schmidt-Futterer/*Blank*, § 543 Rn. 234)
 - Gaststätte: Ausgang der Störung von Mietern und nicht Dritten durch VM zu beweisen (OLG München ZMR 1996, 487)
- **Unzumutbarkeit i.S.d Abs. 1 S. 2:** Üble Nachrede + Verleumdung: Verletzer muss beweisen, dass Behauptungen der Wahrheit entsprechen: MünchKomm-BGB/*Schilling*, § 543 Rn. 76)
- **Nichtgewähr oder Entzug des Mietgebrauchs i.S.d Abs. 2 Nr. 1:** Beweislast nach Sphären Gesichtspunkten (Guhling/Günther/*Alberts*, Geschäftsraummiete, § 543 BGB Rn. 101); Mieter muss Umstände aus seiner Sphäre ausscheiden; LG Berlin, BeckRS 2022, 11244 Rn. 6)



Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Privatversicherungsrecht, Wirtschaftsrecht
und Rechtsvergleichung

Prof. Dr. Oliver Brand, LL.M. (Cambridge)

3

Beweislastfragen Schadensersatz



Something odd: SE-Ansprüche nach Unterlassen der Anzeige (536c Abs. 1BGB)

§ 536c

(1) Zeigt sich im Laufe der Mietzeit ein Mangel der Mietsache oder wird eine Maßnahme zum Schutz der Mietsache gegen eine nicht vorhergesehene Gefahr erforderlich, so hat der Mieter dies dem Vermieter unverzüglich anzuzeigen.

- VIII. Zivilsenat des BGH: Für den SE-Anspruch des VM aus Abs. 2 S. 1: Darlegungs- und Beweislast des Vermieters (BGH NJW 2013, 1299 Rn. 36; Staudinger/*Emmerich* (2024), § 536c Rn. 38)
 - Sekundäre Darlegungslast des Mieters: Vermieter muss nur solche Mängelanzeigen ausräumen, die vom Mieter in zeitlicher, inhaltlicher Weise und räumlicher Hinsicht spezifiziert wurden.
- XII. Zivilsenat des BGH (NZM 2002, 217, 218) zu Ausschluss des Abs. 2 S. 2: Mieter muss beweisen, dass er seiner Anzeigepflicht ordnungsgemäß nachgekommen ist (auch OLG Düsseldorf, MDR 2008, 1330; LG Köln ZMR 2008, 629)
- Streit? Gründe für Differenzierung in Anspruchstellereigenschaft (ebenso Erman/*Lützenkirchen/Selk*, § 536c Rn. 16)
- Berufung auf Umstand, der Anzeigepflicht entfallen lässt: Beweislast immer Mieter



Verletzung des Wirtschaftlichkeitsgebots, § 556 III 1 BGB o. § 242 BGB

- Entscheidung: **BGH v. 25.1.2023 – VIII ZR 230/21 Rn. 46**
- Fall: Fehlende Umlagefähigkeit der Müllmanagementkosten = Verstoß gegen Wirtschaftlichkeitsgebot
- Wirtschaftlichkeitsgebot = vertragliche Nebenpflicht des VM (Ausprägung von § 241 II BGB; *Peters*, NZM 2012, 145 f.) ⇔ § 670 BGB
- Mieter = Darlegungs- und Beweislast für ein pflichtwidriges Verhalten des Vermieters (siehe schon BGH v. 6.7.2011 – VIII ZR 240/10, NJW 2011, 3028 Rn. 16; BGH v. 5.10.2022 – VIII ZR 117/21, NJW-RR 2022, 1593 Rn. 36); nicht: **Verschulden!**
- **Something borrowed:** Entspricht VII. Zivilsenat zum werkvertraglichen Stundenlohnvertrag (BGH NJW 2009, 3426); keine Behauptungen „ins Blaue hinein“



Verletzung des Wirtschaftlichkeitsgebots, § 556 III 1 BGB o. § 242 BGB

- **Sekundäre Darlegungslast des VM?** (VII: ja, VIII: offenbar nein; ebenso *Streyll*, WuM 2018, 676, 688)
- Grund für die mietrechtliche Entscheidung: Geht nicht um interne, für den Mieter nicht ersichtliche Kostenkalkulationen des Vermieters
- **Praktisch problematisch bei Vertragsabschlüssen mit Dritten:** Mieter, der Höhe der Nebenkostenabrechnung beanstandet, muss darlegen und beweisen, dass VM, als er Vertrag abgeschlossen hat, einen günstigeren Anbieter für jeweiligen Posten hätte finden können (z.B. Kosten für Gebäudeversicherung)
- Sekundäre Darlegungslast oder gar Verteilung der Beweislast nach Sphären Gesichtspunkten? BGH so zu lesen, als genüge Nachweis der objektiven Überhöththeit der Kosten (**Klarstellung erwünscht!**).
- Bsp. Substantiierungslast: AG Wedding v. 5.1.2023 – 17 C 592/21: Vorlage von drei preiswerteren Vergleichsangeboten für Hausreinigungsleistungen für das Objekt (**P**: Kosten)



Mietdifferenzschaden

- Ausgangssituationen: 1.) Vermieter nicht in der Lage, dem Mieter die angemieteten Räumlichkeiten wie geschuldet zur Verfügung zu stellen; 2.) unberechtigte Kündigung
- Mieter kann Mehrkosten im Wege des SE geltend machen (BGH NJW 2017, 2819)
- Voraussetzung: Mieter nimmt Vertragsverletzung des VM berechtigterweise zum Anlass, **den Umständen nach angemessene neue Räume** anzumieten.
- Beweislast Angemessenheit/Gleichwertigkeit: Mieter als Anspruchsteller
- **P:** Frage der Gleichwertigkeit von Mietobjekten hängt von Wertungen ab; knüpfen aber an beweisbare Eigenschaften der Mieträumlichkeiten an (Regelmäßig: **Sachverständigengutachten**)
- Unterlässt Gericht Einholung angebotenen Gutachtens, etwa weil es sich hinreichend sachkundig wähnt, liegt ein Verstoß gegen Art. 103 I GG vor (BGH NZM 2023, 501 Rn. 10. BGH NZM 2023, 35).



Kündigungsfolgeschäden (Eigenbedarf)

- Für die objektiven Voraussetzungen eines von ihm geltend gemachten **Anspruches auf Schadensersatz** wegen einer unberechtigten vermierterseitigen Kündigung ist der Mieter darlegungs- und beweisbelastet.
- **1.) Vorliegen einer Pflichtverletzung**, z.B. Nichtvorliegen eines Kündigungsgrundes (BGH v. 18.5.2005 – VIII ZR 368/03, NZM 2005, 580; AG Dülmen v. 15. 3.2022 – 3 C 178/21, WuM 2022, 675: Eigenbedarf)
- Vermieter, trifft **sekundäre Darlegungslast** (§ 138 Abs. 2 ZPO) bei Indizien für Fehlen des Kündigungsgrundes (z.B. Weiterveräußerung der Wohnung bei Eigenbedarf; AG Leipzig v. 4.3.2021 – 166 C 2930/19; zuvor BGH MDR 2005, 1218)
- VM muss substantiiert darlegen, wann und warum ein zunächst bestehender Kündigungsgrund weggefallen ist (**strenge Anforderungen!**)
- Teilweise: **Auskunftsanspruch** des Mieters, wenn davon die Erfolgsaussicht eines Schadensersatzanspruchs abhängt (AG Wuppertal WuM 1995, 185; *Eisenschmid* PiG 90 (2011), 192, 195) (+), wie Anbietpflicht



Kündigungsfolgeschäden (Eigenbedarf)

- Steht dem Vermieter **anderweitig geeigneter Wohnraum** zur Verfügung, durch den der mit der Kündigung geltend gemachte Bedarf gedeckt werden kann = **Indiz**, dass der geltend gemachte Bedarf nicht besteht
- Erst wenn der Vortrag des Vermieters diesem Maßstab genügt, obliegt dem Mieter der Beweis, dass ein **Selbstnutzungswille** des Vermieters schon vorher nicht bestand (BGH v. 11.10.2016 – VIII ZR 300/15, MDR 2017, 21)
- Eher keine hinreichende Typizität für **Anscheinsbeweis** (Mieter muss negative Tatsache beweisen)?
- **Beweisvereitelung** möglich: VM weigert sich, vom Mieter benannte aber nur ihm bekannte Zeugen für den Wegfall des Eigenbedarfs zu benennen
- Sek. Darlegungslast kann sich **zu eigener Beweislast verdichten**: Vermieter behauptet, auch aus einem anderen Grund gekündigt zu haben. Darlegungs- und Beweislast für hypothetischen Beendigungsgrund: VM (AG Steinfurt v. 14.1.2021 - 21 C 444/20 (juris))



Kündigungsfolgeschäden (Eigenbedarf – Anbietspflicht)

- **Gegenstand nach BGHZ 213, 136:** Der wegen Eigenbedarfs kündigende Vermieter hat im Rahmen seiner vertraglichen Rücksichtnahmepflicht dem Mieter eine andere, ihm während der Kündigungsfrist zur Verfügung stehende vergleichbare Wohnung zur Anmietung anzubieten, sofern sich diese im selben Haus oder in derselben Wohnanlage befindet (auch BGH NJW 2003, 2604)
- Anspruchsgrundlage bei Verletzung: § § 280 Abs. 1, 3, 282 BGB; nur SE keine Unwirksamkeit der Kündigung (so noch BGH NJW-RR 2012, 341)
- Häufige Beweisfragen:
 - Mieter muss beweisen, dass räumlich und zeitlich in Betracht kommende Alternativwohnung vorhanden ist.
 - Einklagbarer Auskunftsanspruch gegen Vermieter (LG Berlin NJW-RR 1994, 859); außerdem berechtigtes Interesse des Mieters i.S.d. § 12 GBO: Einsicht
 - Vermieter muss beweisen, dass der Mieter Angebot ausgeschlagen hat



Kündigungsfolgeschäden (Weitere Anspruchsvoraussetzungen)

- 2.) **Kausalität** zwischen der Pflichtverletzung des Vermieters und dem Auszug des Mieters ist vom Mieter zu beweisen (keine strengen Anforderungen) (**Vorsicht:** Begriffliche Anleihen beim Deliktsrecht!)
 - Gilt als geführt, wenn feststeht, dass zwischen der Pflichtverletzung des Vermieters und dem Auszug ein zeitlicher Zusammenhang besteht; Schmidt-Futterer/*Börstinghaus*, § 573 Rn. 240).
- 3.) **Höhe des Schadens** muss der Anspruchsteller beweisen
- 4.) Für **Mitverschulden** ist der Vermieter beweispflichtig, weil anspruchsmindernd.
 - **Beispiele:** Mieter mietet neue Wohnung überteuert (*Ostermann*, WuM 1992, 342, 346 f.); Mieter sorgt nicht für eine Reduzierung einer gem. § 556 d Abs. 1 BGB gesetzwidrig überhöhten Ersatzmiete (*Bruns*, NZM 2021, 378, 383)



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Oliver Brand, LL.M. (Cambridge)

Kontakt: brand.uni-mannheim.de/kontakt
 [facebook.com \(Lehrstuhl Brand an der Uni Mannheim\)](https://www.facebook.com/LehrstuhlBrand)
 oliver.brand@uni-mannheim.de
 +49 (621) 181 1363